



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

x: Politischer Monatsbericht.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

der ursprünglichen Fassung des Entwurfes entsprechend, eine bindende Bestimmung über diesen Punkt möglichst auszuschließen; er erklärte sich aber schließlich mit dem von dem Abgeordneten von Bennigsen vorgeschlagene Amendement einverstanden, welches die jährlichen Staatsüberschüsse ein für allemal für die Amortisation bestimmt und eine Ausnahme von dieser Regel nur in dem Falle statuirt, daß in dem Staatshaushaltsgesetz ausdrücklich eine anderweitige Verfügung getroffen wird. Für die practischen Chancen der beabsichtigten Operation und ihre eventuelle Aufnahme Seitens des Publicums ist die Aufstellung jenes Grundsatzes jedenfalls von großer Bedeutung, da er entschieden dazu beitragen wird, den Glauben an die Solidität der Anlage zu stärken. Für die schließliche Entscheidung des Hauses bietet auch der vorliegende Commissionsbeschluß noch keinerlei Garantien, zumal die Annahme des Entwurfs nur mit einer Majorität von vier Stimmen erfolgte. Die Fortschrittspartei ist, wie ich schon neulich schrieb, principiell gegen die Convertirung, weil sie fürchtet, daß die dadurch frei werdenden Mittel lediglich der Ausbeutung durch den Militäretat verfallen werden. Von den Conservativen wird ein Theil vielleicht für das Gesetz stimmen, um die Gefahr eines neuen Steuerzuschlages dadurch abzuwenden. Der äußerste Flügel der Rechten strebt danach, den Entwurf und mit ihm Herrn Camphausen, der nicht der Mann nach ihrem Herzen ist, zu Falle zu bringen. Es wird danach wesentlich von dem Zusammenhalten der Mittelparteien abhängen, ob das Gesetz zu Stande kommt oder nicht.

Politischer Monatsbericht.

× Leipzig, Anfang December.

Der November 1869 hat den Zeitgenossen all' die Dinge gebracht, die mit größerer oder geringerer Aufmerksamkeit von ihm erwartet worden waren: die feierliche (wenn auch noch nicht die factische) Eröffnung des Suezcanals, die Pariser Nachwahlen, die Eröffnung des Corps législatif, das Scheitern der spanischen Hoffnungen auf den Herzog von Genua, endlich den Camphausen'schen Plan zur Beseitigung des kleinsten aber meist besprochenen Deficits im Haushalt der europäischen Großmächte. Zu diesen Ereignissen ist noch eine Reihe anderer Vorgänge gekommen, welche sich unangemeldet eingestellt haben: das Fiasco der k. k. Unternehmungen gegen die aufrührerische Bocca di Cataro, das vorläufige Verbleiben der galizischen Landboten im Wiener Reichstage, der erneute Wahlsieg der bayrischen Ultramontanen

und für Rußland ein partieller Umschwung in der inneren Politik, der zwar wenig beachtet worden, aber darum nicht minder wichtig ist. Unbeantwortet ist dagegen die schon seit Monaten aufgeworfene Frage nach dem Ausgang des Conflicts zwischen dem Sultan und dem Vicekönige von Aegypten geblieben — der vielen großen Zeitfragen nicht zu gedenken, deren Lösung, was den Zeitpunkt anlangt, überhaupt unberechenbar ist. — Die Physiognomie des Welttheils hat sich nicht sichtlich verändert; auf der Stirn desselben läßt sich nicht besser lesen, als vor vier Wochen. Wohl hat es den Anschein, als ob die alten Gruppen — hüben Preußen und Rußland, drüben Oestreich und Frankreich — nicht mehr so fest zusammen stehen, wie in den Jahren, welche der großen Katastrophe von 1866 folgten, aber von neuen Configurationen ist noch nichts zu spüren und die leichtblütigen Journale, welche Frankreich bereits in den Armen Rußlands sehen, beziehen ihre Nachrichten entweder aus Hising oder aus dem Schubfach der von der professionellen Conjecturalpolitik aufgespeicherten Möglichkeiten.

Frankreich, oder richtiger gesagt, Paris hat seit Jahren nicht so bewegte Tage gesehen, wie die, welche den letzten Nachwahlen vorhergingen. Alles, was sich seit zwanzig Jahren an politischer Jungenhaftigkeit, radikalem Phrasenkram und thörichter Ueberstürzung angesammelt hatte, kam bei Gelegenheit der Rochefort'schen Wahlcandidatur auf die Oberfläche des Pariser Lebens und die verschiedenen radicalen Candidaten suchten sich in Maßlosigkeit zu überbieten. Das Resultat ist gewesen, daß der ungefährlichste und unwürdigste der Socialrepublikaner, die um die Vertretung des ersten Pariser Wahlbezirks stritten, zu den Thüren des gesetzgebenden Körpers eingegangen ist und sechs Jahre lang die Freiheit haben wird, die liberale Partei bei jeder ihm gutdünkenden Gelegenheit zu compromittiren, den Granier und Jérôme David in die Hände zu arbeiten. Freilich ist noch nicht ausgemacht, was aus dieser liberalen Partei selbst wird und ob sie sich gehörig zu constituiren und eine lebensfähige parlamentarische Regierung zu ermöglichen im Stande sein werde. Emil Ollivier's Stellung zum linken Centrum ist in ein bedenkliches Schwanken gekommen und von den Gliedern der alten Tièrs-Fraction ist dieser Mann der einzige, dem man das Zeug zum practischen Staatsmann zutraut. Noch steht es so, daß der Kaiser die gesammte Executive fest in seiner Hand hält und daß die republikanischen Elemente nur nöthig haben, die Partei der gemäßigten Liberalen über den Haufen zu rennen, um Napoleon zu einem Rückzuge aus der beschrittenen constitutionellen Bahn die Brücke zu bauen. Die Präsuntion spricht gegen die Wahrscheinlichkeit jener Versöhnung zwischen Ordnung und Freiheit, welche die Thronrede als Pfand für weitere Concessionen verlangte und trotz all' der Wellen, welche die Hochfluth des Pariser Wahlkampfes getrieben hat,

gibt es (von der Armee ganz abgesehen), eine große Anzahl von Franzosen, auf welche das zweite Kaiserthum mit Sicherheit rechnen kann, wenn es sich um die Alternative „Ordnung oder Freiheit“ handelt. Wird man dieser Alternative aus dem Wege zu gehen wissen? Schon die Unfaßbarkeit des Programms der radicalen Opposition, die Spaltung der Linken in eine stets wachsende Zahl von Fractionen und die practische Unerfahrenheit grade der Führer, welche bei den Massen das größte Ansehen genießen, haben dafür gesorgt, daß die besitzenden Classen nur wenig Vertrauen zu einer wirklich freiheitlichen Entwicklung hegen können und Ruhestörungen fürchten müssen. Das heutige Corps législatif macht den Eindruck, politisch kaum reifer zu sein, als die Versammlung, welche der großen Revolution vorherging. Von dem längst verbrauchten Thiers abgesehen, zählt die linke Seite dieses Körpers nicht einen einzigen Staatsmann, der sich auch nur selbst Erfahrung in großen Geschäften zuschreiben könnte. Jener Mangel an Talenten und Capacitäten, der die vielbeklagte Folge des Systems ist, das sich heute zu einem parlamentarischen erweitern will, ist nie so offenkundig gewesen, wie in der gegenwärtigen Krisis. Was werden soll, wenn das Kaiserthum zusammenstürzt, weiß Frankreich eben so wenig wie vor zwei Jahren und noch nie hat eine politische Bewegung einen so rein negativen Charakter getragen wie die gegenwärtige.

Mit ihrer Gegnerin verglichen, erscheint die kaiserliche Partei immer noch als die stärkere, denn sie zählt wenigstens einen Mann in ihren Reihen, — den Kaiser selbst. Aber die Bürgschaft für die Ordnung, welche derselbe übernommen hat, ist noch keine Bürgschaft für die Bildung einer lebensfähigen Regierung, einer Regierung, welche ihren vor sieben Monaten übernommenen constitutionellen Verpflichtungen nachzukommen im Stande wäre. Daß das gegenwärtige Cabinet der Lage nicht gewachsen sei, ist in Compiègne noch früher anerkannt worden, als in Paris. Wer wird die provisorischen Minister zu ersetzen willens und fähig sein? Der Mangel an Personen ist so groß, daß ein und derselbe Mann für die Leitung des Cabinets und für die Führung der Regierungspartei in Aussicht genommen worden ist, — ein Mann, dessen Charakter noch nicht erprobt ist und über dessen Fähigkeiten die Meinungen weit auseinander gehen. Olivier's Zukunft ist von dessen Verhältnissen zu den ehemaligen Genossen abhängig; übernimmt er vorzeitig die Leitung eines Cabinets, das mit der Majorität nicht fertig zu werden vermag, so ist er auch als Deputirter verbraucht und dem Kaiserthum ist eine Stütze entzogen, die sich kaum ersetzen lassen würde. Von den Namen, die sonst genannt werden, ist kaum einer, der auch nur innerhalb Frankreichs einen bestimmten Klang hätte und Vertrauen einzulösen vermöchte.

Bezeichnend für die Unklarheit und Unsicherheit der Lage ist es, daß



zwar alle Welt weiß, daß es zwischen der Regierung und der Opposition zu harten Stößen kommen muß, Niemand aber anzugeben vermag, welche Verhandlungsgegenstände eigentlich die kritischen und für den Charakter der Session entscheidenden sein werden. Nur auf einem Gebiet wissen die Gegner der Regierung mehr, als was sie nicht wollen, — auf dem volkswirtschaftlichen — aber gerade hier hat der Kaiser die öffentliche Meinung von ganz Europa auf seiner Seite. Herr Pouyer-Quertier hat Anstalten gemacht die protectionistische Agitation im großen Stil zu betreiben und die Arbeiter, auf deren Zufriedenheit das Kaiserreich stets ein besonderes Gewicht gelegt hat, mit hineinzuziehen. Nichts destoweniger wird dieser rührige Agitator kaum mehr fertig bringen, als dem Kaiser einen Triumph zu bereiten und die Nation daran zu erinnern, daß sie dem Mann, dessen Hand seit zwanzig Jahren auf ihrem Nacken ruht, wenigstens in volkswirtschaftlicher Rücksicht zu Dank verpflichtet ist. — Zunächst hat die protectionistische Bewegung in Frankreich über den Canal hinübergewirkt und auch hier die Anhänger der beiden feindlichen Handelssysteme dazu veranlaßt, die bisher gewonnenen Resultate kritischer Revision zu unterziehen. —

Frankreichs auswärtige Politik hat während der Amtsdauer des Fürsten Latour d'Auvergne kaum etwas von sich hören lassen. Wohl werden die verschiedensten Gerüchte über des Fürsten Verhalten in dem türkisch-egyptischen Conflict colportirt, wohl wird von Freunden und Feinden versichert, General Fleury arbeite in Petersburg an dem Abschluß einer gegen Preußen und Oestreich gerichteten Alliance, wohl hat die „Moskau'sche Zeitung“ sich in den letzten Tagen aus Paris schreiben lassen, Frankreichs und Rußlands vereinte Bemühungen hätten die Unwirksamkeit des Abkommens bewirkt, welches Oestreich und die Pförde über eine Besetzung Montenegro's getroffen, aber all' diese Nachrichten entbehren der festen Grundlage und die öffentlichen Handlungen der französischen Diplomatie haben zu keinerlei Schlüssen auf eine veränderte Haltung dieses Staats Ursache gegeben. Der Gedanke an eine auswärtige Diverston würde im gegenwärtigen Augenblick nur dazu führen, all' die disparaten Elemente des anti-imperialistischen Liberalismus und Radicalismus auf einen Punkt zu sammeln und schon aus diesem Grunde ist wenig wahrscheinlich, daß der Kaiser ohne jede äußere Nöthigung den gegenwärtigen Zeitpunkt zu einer diplomatischen Schwenkung von größerer Tragweite ausersehen haben sollte.

Die Sendung des General Fleury nach Petersburg und die Wichtigkeit, welche die Moskauer Presse der Ernennung dieses Gesandten zuschrieb, haben zu all' den Conjecturen über eine französisch-russische Alliance Veranlassung gegeben, welche durch die Luft schwirren. Aber gerade im gegenwärtigen Augenblick verräth Rußland wenig Neigung, sich auf Unternehmungen im

Auslande einzulassen. Die Petersburger Journale kommen immer wieder darauf zurück, daß an einen russisch-englischen Conflict in Mittelasien nicht zu denken sei und daß Rußland zunächst alle Hände voll zu thun habe, um von der kostspielig Eroberung Taschkents auch nur in commerzieller Beziehung Nutzen zu ziehen. Wohl verräth sich bei den Organen der Nationalpartei gelegentlich der Wunsch, im Bunde mit Frankreich von der türkisch-egyptischen Verwicklung und den Vorgängen in Cattaro Nutzen zu ziehen, wohl haben dieselben die Hoffnung ausgesprochen, Rußlands orientalische Politik werde von der Eröffnung des Suezcanals Nutzen ziehen können, aber erbitterte Parteikämpfe über die Fragen der inneren russischen Politik drängen all' diese Aspirationen immer wieder in den Hintergrund. Entsprechend dem widerspruchsvollen Charakter der gegenwärtigen Lage hat die von Moskau aus inspirirte nationale Partei in einer und derselben Woche einen Sieg errungen und eine Niederlage erlitten. Der Curator der Universität Dorpat Graf Reyslering hat seinen Abschied nehmen müssen, weil er an der Opposition der deutschen Behörden Liv- Est- Kurlands, gegen den ihnen zugemutheten Besuch russischer Gottesdienste Theil nahm und gleichzeitig sind die beiden leidenschaftlichsten Vorkämpfer der nationalen Demokratie in dem unglücklichen Lithauen, der Wilnasche Curator Batjuschkow und der Civilgouverneur Schischkow des Dienstes entlassen worden, weil sie dem gemäßigten, das Interesse der Gutsbesitzer schonenden General-Gouverneur Potapow im Bunde mit der Moskauschen Zeitung heftige Opposition machten. Diesem Siege der gemäßigten Partei wird in Rußland eine große Tragweite zugeschrieben, ja es gibt Leute, die denselben als den Vorläufer eines principiellen Umschwungs in der inneren Politik dieses Staats ansehen. Bemerkenswerth ist immerhin, daß das einflußreichste russische Blatt in einer Frage den Kürzeren gezogen hat, in der es bisher eine unumschränkte Dictatur übte. General Potapow hat die zu Gunsten seiner Agrar-Politik getroffene kaiserliche Entscheidung mit der Begründung eines neuen officiösen Organs in Wilna gefeiert, dessen Herausgeber bisher an der „Westk“, dem Organ der polenfreundlichen Opposition beschäftigt gewesen waren. — Im Königreich Polen wird an dem bisherigen System unverändert festgehalten und es heißt sogar, Graf Berg, der kaiserliche Statthalter, der persönlich eine gemäßigtere Richtung vertrat, werde abberufen, die Statthaltertschaft vollständig aufgehoben werden. — Unter den zahlreichen Gesuchen um neue Eisenbahnconcessionen, welche in Petersburg eingegangen sind, ist zum zweiten Male das vielbesprochene Project der Lyl-Bjalostocker Linie aufgetaucht, dieses Mal durch eine Deputation von Königsberger Kaufleuten patronisirt. Sowohl das Organ des russischen Kriegsministers wie die Direction der neuconcessionirten Lithauer Eisenbahn sind diesem Unternehmen günstig, wel-

ches für den ostpreussischen Handel eine ganz außerordentliche Wichtigkeit haben würde. Desto heftiger ist die Opposition der „Mosk. Zeit.“, welche unaufhörlich versichert, diese Bahn werde den westrussischen Handel in die schmähtichste Abhängigkeit von Preußen bringen und diesen Staat außerdem in die Lage versetzen, jeder Zeit Truppen nach Rußland werfen zu können. — Wie ängstlich man in Bezug auf die Sicherheit der westlichen Reichsgrenzen ist, beweist der neueste Vorgang in Kischenew, der Hauptstadt Bessarabiens, welche zufolge der Abtretungen von 1856 ziemlich dicht an die Grenze der Moldau gerückt ist. Auf Grund eines alten Gesetzes, welches den Juden vorschreibt, mindestens fünfzig Werst (7 Meilen) von der Grenze entfernt zu leben, sind dreizehn Jahre nach jener Grenzregulirung plötzlich 20,000 Juden von ihrem bisherigen Wohnort verwiesen und in das Innere des Reichs transportirt worden. Diese Maßregel, welche einen neuen Beleg dafür abgibt, wie tief die despotischen Gewohnheiten des alten Systems in der russischen Bureaucratie eingewurzelt sind, hat die jüdischen Gemeinden von ganz Europa in eine Aufregung gesetzt, die bis nach Amerika hinüber Wiederhall fand. General Grant soll bereits seine Verwendung für Zurücknahme dieser Maßregel zugesagt haben und bei dem intimen Charakter der Beziehungen zwischen Rußland und Amerika wird diese Verwendung schwerlich ohne Erfolg bleiben. Glücklicher als die Polen Litthauens und die Deutschen der baltischen Provinzen, können die Juden Bessarabiens auf eine moralische Unterstützung ihres gekränkten Rechts rechnen, welche jenen bis jetzt versagt geblieben ist.

In der Verbreitung von Nachrichten über eine bevorstehende russisch-französische Entente, deren Spitze gegen Preußen gerichtet sein soll, hat das Wiener Pressbureau sich besonders eifrig gezeigt. Und doch wäre Oestreich die Macht, die die Unkosten einer solchen Conjunction zunächst zu zahlen hätte und von allen Vortheilen derselben ausgeschlossen bliebe. Versteht es sich doch von selbst, daß ein Abkommen zwischen den Cabinetten von Paris und Petersburg zunächst auf die orientalische Frage Bezug hätte und diese ist, wie wir in Cattaro aufs Neue gesehen haben, in erster Reihe eine östreichische Frage geworden. Das Ungeschick, das die Wiener Regierung verräth, sobald es sich um slavische Angelegenheiten handelt, kann geradezu unvergleichlich genannt werden und doch sind diese Angelegenheiten für die Zukunft des Kaiserstaates die wichtigsten. In Galizien hat man es glücklich dahin gebracht, keine einzige der maßgebenden polnischen und ruthenischen Parteien für sich zu haben, in Böhmen erhält man die deutsche Bevölkerung in fortwährender Besorgniß um die Zukunft, ohne die Tschechen zufrieden zu stellen. Den Serben gibt man zu Klagen über Störung ihrer kirchlichen Gewohnheiten Veranlassung, indem man die thörichten Kreuzzüge gegen den Gebrauch des Kyrillischen Alphabets unterstützt, welche der Landtag von Agram beschloffen hat (der zur

Zeit in Rußland weilende Patriarch von Serbien hat gegen diese Maßregel soeben im Namen „aller Serben“ protestirt), die Magyaren setzt man in den Stand, den Grenzern zu Klagen über Beleidigung ihrer Nationalität Veranlassung zu geben und die Aufhezung der serbischen Bewohner von Bocca di Cattaro besorgt man gar durch ungeschickte k. k. Beamte. — Die Geschichte des Aufstandes im südlichen Dalmatien gehört zu den merkwürdigsten Capiteln in der Leidens- und Sündenchronik des modernen Oestreich. In denselben Jahren, da man den Besitz Venetiens mit Anstrengung aller Kräfte zu behaupten suchte und fortwährende Klagen über die italienische Propaganda in Welschtirol laut wurden, hat es geschehen können, daß der von Serben bewohnte südlichste Theil Dalmatiens durch k. k. Beamte nicht etwa germanisirt — sondern italianisirt und dadurch systematisch gegen die Wiener Regierung aufgereizt wurde. Und auf diesem unterminirten Boden versuchte man dann das neue Militärgesetz in denselben strengen Formen durchzuführen, wie in Wien oder Linz. Gegen den Aufstand, der die Folge dieses Vorgehens war, werden erst Maßregeln ergriffen, als derselbe in hellen Flammen steht und die Herzen der Montenegriner für den Gedanken eines gemeinsamen Kreuzzugs gegen die Slavenunterdrücker erwärmt sind. — Verglichen mit dieser langen Reihe von Fehlern kommen die Mißgriffe, welche den übeln Ausgang eines mühseligen Winterfeldzuges in unwirthbarem, dem Generalstabe so gut wie unbekanntem Gebirgsterrain verschuldet haben, kaum mehr in Betracht. Daß man die Aufnahme neuer energischer Operationen bis zur Rückkehr des Kaisers verschoben und das Publicum an den Gedanken eines Aufschubs derselben bis zum Frühjahr gewöhnt hat, steht offenbar mit der Scheu der Minister vor weiteren Verwickelungen im Zusammenhang; wollte man von der türkischen Bereitwilligkeit zu gemeinsamen Operationen Gebrauch machen und wäre man ganz sicher, daß dieselben ohne Folgen blieben, so hätte es nicht erst dieser Vertagung bedurft.

Während das östreichische Fiasko am adriatischen Meere aufs neue die Gefahren bloßlegte, von denen der Kaiserstaat umgeben ist, auch wenn er mit seinen Nachbarn in Frieden lebt, hat der Reichskanzler Graf Beust an den Ufern des Nil orientalische Zukunftspolitik getrieben und Zeit übrig gehabt, um seine Rückreise über Italien zu nehmen und die östreichischen Sympathien Victor Emanuels zu stärken. Seine Rückkehr in die Hofburg soll den galizischen Polen die gewünschten autonomistischen Concessionen, den Böhmen die Entscheidung über Krieg oder Frieden, den constitutionellen Deutsch-Oestreichern die Lösung des Streits über die Wahlreform bringen. In der östlichen Hälfte der Monarchie regieren die Landesminister ohne nach dem Beirath des Vertreters der Gesamtstaatsidee zu fragen, dem sie so vielfach

zu Dank verpflichtet sind; die cisleithanischen Minister vermögen dagegen keine wichtigere Entscheidung ohne den Mann zu treffen, der ihnen gegenüber wesentlich das Interesse der nichtdeutschen Elemente vertritt, der den deutschen Einfluß in Galizien geopfert hat, auf den die Czechen ihre Rechnung setzen und welcher die den Deutschösterreichern so außerordentlich ungünstige Gruppenvertretung in der cisleithanischen Delegation durchgesetzt hat! — Daß den Polen neue Concessionen auf Unkosten der Einheit der cisleithanischen Reichshälfte gemacht werden sollen, gilt für sicher. Wenn man weiß, daß dieser neue Gehorsam gegen die disparaten Elemente im Reichsrath bloß dazu führen kann, die Begehrlichkeit und den Einfluß des Föderalisten Smolka und seiner Anhänger zu stärken, so erscheint es ziemlich gleichgiltig, ob der Reichsrath für den kurzen Rest der ihm gegönnten Tage aus direct oder indirect gewählten Volksvertretern besteht. Der beschrittene Weg muß mit Nothwendigkeit zur Entlassung oder zum Austritt der Polen aus dem Reichsrath führen, die Slaven werden ihnen folgen, den Tirolern ist an dem Wiener Constitutionswerk niemals etwas gelegen gewesen, und ist es erst soweit gekommen, so wird man mit den Czechen auf die von diesen beliebten Bedingungen Frieden schließen müssen. Alles was von neuen liberalen Reformen, Einführung directer Wahlen, Verdoppelung der Zahl der Deputirten u. s. w. geredet wird, hat nur die Bedeutung einer den „stehen Tagen“ bewilligten Frist.

Wie in Oestreich sind auch in Italien die Symptome der Zersezung während der letzten Wochen im Zunehmen begriffen gewesen, wenn auch Symptome einer Zersezung anderer Art. Weder die schwere Krankheit des Königs noch die Geburt eines Thronerben haben der zerrissenen Nation den Ausdruck wirklicher Theilnahme und Anhänglichkeit an die Dynastie zu entreißen gewußt, welche ihre Einheit repräsentirt. Das Ministerium Menabrea, das während seiner nunmehr zweijährigen Regierung keinen einzigen durchschlagenden Erfolg errungen hat, ist wiederum zu einer Umgestaltung genöthigt worden; Lanza, der es unternommen, aus den Trümmern der alten eine neue Regierung zu bilden, hat alle Mühe, Männer ausfindig zu machen, die sich die Fähigkeit zuschreiben, das lecke Staatsschiff über Wasser zu halten. — Der Lobbiasche Scandalproceß hat mit der Verurtheilung jenes Abgeordneten geendigt, der sich für den Märtyrer seiner Ueberzeugung auszugeben versucht hatte. Bei der leidenschaftlichen Erregung der Gemüther hat nicht ausbleiben können, daß diese Verurtheilung vielfach für eine Connivenz der Richter an die Regierungswünsche ausgegeben worden ist. Wie das constitutionelle System nicht im Stande gewesen, die ihm bei der Wiedergeburt des italienischen Staats zugedachte Rolle durchzuführen, so haben weder die verfassungsmäßige Un-

abhängigkeit der Richter, noch die auf breitester Basis durchgeführte Ausbildung des Geschworneninstituts der Nation Achtung und Vertrauen zu der Justiz einzulösen vermocht. Es geht hier wie in einem großen Theil der östreichischen Länder: die Arbeit, welche nur ein liberaler Absolutismus hätte durchführen können, vermag von dem Parlamentarismus nicht nachgeholt zu werden, denn dieser hat ein Maß sittlicher und intellectueller Bildung zur Voraussetzung, die eine Staatsordnung nicht zu schaffen vermag, welche die Staatsbürger wie Mündige behandelt. In die Unmündigkeit läßt das Volk sich nicht mehr zurückschrauben und durch steten Mißbrauch der Freiheit läßt die Mündigkeit sich nicht erwerben. — Erfahrungen über die Wahrheit dieses einfachen Satzes haben während des letzten Monats auch die Spanier gemacht. Victor Emanuels Weigerung, seinen Neffen Thomas Albert zur Annahme der spanischen Königskrone zu bewegen, hat dem bescheidenen Faß, daß die Monarchisten sich zur Wohnung ausersehen, vollends den Boden ausgeschlagen und die Republikaner treten wieder auf die Bühne, von welcher Prim's Soldaten sie für einige Zeit verdrängt hatten. Das republikanische Programm ist ein wesentlich söderatives und hat darum den Vorzug, von den mittelalterlichen Traditionen unterstützt zu werden, welche sich in einem Theil des spanischen Volks erhalten haben; in den nördlichen, namentlich den baskischen Provinzen, sind die alten Fueros niemals vergessen worden. Mag die Entscheidung vertagt oder beschleunigt werden, im monarchischen oder im republikanischen Sinne ausfallen, der modernen oder den mittelalterlichen Staatsidee zum Siege verhelfen, — unvermeidlich ist der Eintritt einer Anarchie, die sich seit Jahrzehnten in Spanien vorbereitet hat und seit dem Sturz Isabella's II. nur noch Frage der Zeit war.

Dieselben Tage, von denen die Nachricht über die vollzogene Neubildung des italienischen Cabinets erwartet wird, sollen der Welt das seit drei Jahrhunderten entbehrte Bild einer feierlichen Concileröffnung bringen. Je näher der Zeitpunkt für dieselbe heranrückt, desto lauter und zahlreicher werden die Stimmen, welche die Curie mahnen, vor den ausschweifenden Plänen der Jesuitenpartei auf der Hut zu sein. Dem Votum der in Fulda versammelt gewesenen deutschen Bischöfe ist eine Erklärung des Bischofs Dupanloup von Orleans gefolgt, welche die beabsichtigte Proclamation der Unfehlbarkeit des Papstes als Gefahr für die gesammte katholische Christenheit darstellt. Auch innerhalb der Kirche sind die Leute die vorgeschrittensten Verfechter unhaltbarer Doctrinen, welche der Wirklichkeit des practischen Lebens am Weitersten entrückt sind: englische Bischöfe in partibus infidelium und die ultramontanen Journalisten von Paris und München gehen für eine Idee, die sich selbst im Mittelalter nicht verwirklichen ließ, todesmuthig in den Kampf,

während die Kirchenfürsten, welche inmitten des großen Kampfes der Zeit stehen, zu Vorsicht und Umkehr rathen. Die innerhalb der Curie herrschende Partei scheint absichtlich nur auf die Stimmen hören zu wollen, die in ihrem Sinne reden, und ein päpstliches Decret hat das bekannte Buch von Janus sammt verschiedenen anderen Zeugnissen der gemäßigten Richtung bereits auf den Index prohibitorum gesetzt. Daß eine große Zahl der einflußreichsten Bischöfe dem Concil fern geblieben ist, daß keine einzige katholische Regierung der alten oder der neuen Welt die große Priesterversammlung durch einen diplomatischen Vertreter beschied hat, wird von dem Nachfolger Petri mit jener Consequenz ignorirt, welche dem Papstthum von je eigen thümlich gewesen ist und den Ultramontanen grade für die starke Seite desselben gilt. Auch das schwüle, über ganz Italien hängende Gewitter hat auf die im Vatican herrschende Temperatur keinen Einfluß gehabt und die Rathgeber des heiligen Stuhls scheinen bis jetzt an dem Plan festzuhalten, die Unsehlbarkeit des heil. Vaters und die Erhaltung des Dominium temporale zu dem Range von Dogmen zu erheben.

Obgleich die siegesgewissen Mienen der römischen Jesuitenpartei nicht wenig dazu beigetragen haben, den Muth und die Ansprüche ihrer dießseit der Alpen lebenden Anhänger zu heben, können diese Letzteren sich practischer Erfolge im größeren Stil in der Neuzeit nicht rühmen. Selbst in Wien, wo man sich von drohenden Worten und Geberden sonst leicht imponiren läßt, ist die anti-concordatliche Politik von der Linie, die sie seit dem März 1868 angenommen, nicht zurückgewichen. Ebenso wird in München die Unzufriedenheit der gebildeten Bevölkerungsschichten mehr gefürchtet, als die Klage der ultramontanen Wahlsteiger über den Fortbestand eines Ministeriums, das die Majorität gegen sich hat. Es ist dieses Mal die liberale Partei, welche bereitwillig davon Vortheil zieht, daß das Ideal rein parlamentarischer Regierungen weder nördlich noch südlich vom Main verwirklicht ist, dieselbe Partei, welche lang genug ihre Wünsche als Ausdruck des eigentlichen, nur künstlich zurückgehaltenen Volkswillens angesehen und das Recht dieses Volkswillens gefordert hatte. Trotz der Veränderung der Wahlbezirke und der größeren Strenge der Regierung gegen ihre Beamten ist die liberale Partei in Bayern auch dieses Mal den vereinten Anstrengungen der Clericalen und der blaumeißen Patrioten erlegen. Die Staatsraison, welche so oft nur den Deckmantel dynastischer Liebhabereien abgegeben, hat dieses Mal im Interesse der Selbsterhaltung gefordert, daß das geschlagene Ministerium oder mindestens der Führer desselben im Amte blieb, und selbst der junge König, der bis jetzt nach keiner Seite hin Parteisympathien zeigte, hat das Gebot dieser Nothwendigkeit nicht überhört.

Die dreijährige Dauer der Bündnißverträge, welche Herr v. d. Pfordten nach dem Prager Frieden abschließen mußte, hat dem zurechnungsfähigen Theil des bayerischen Volks längst die Ueberzeugung gegeben, daß die Gefahr der Verpreußung am leichtesten und bequemsten durch ein erträgliches Verhältniß zum norddeutschen Bunde abgewendet wird und daß Bayern an der militärischen Sicherheit Deutschlands im Grunde dasselbe lebhafteste Interesse hat als Preußen. Ebenso drängen die materiellen Verhältnisse auf Aufrechterhaltung des Zollvertrags und Graf Bismarck hat zu wiederholt und zu deutlich gesagt, daß beide Verträge in seinen Augen solidarisch verbunden seien, als daß man wagen dürfte, Bayern's Wehrkraft, wenn auch nur zeitweise österreichischen oder französischen Velleitäten zur Verfügung zu stellen. Von den Verträgen kann Bayern nicht mehr los, ohne seine Existenz aus dem Spiel zu setzen, und wenn diese Verträge dem Lande nicht nur neue Kosten, sondern auch Nutzen bringen sollen, so ist nothwendig, daß sie unter der Aufsicht des Fürsten Hohenlohe bleiben und nicht in die Hände von Männern gelegt werden, welche nach Wien, Rom oder Paris schielen. Bei der entschiedenen Position, die Baden genommen hat, und der Unsicherheit des verlogenen württembergischen Systems ist die Festhaltung der bisherigen Politik für Bayerns süddeutsche Stellung eine Nothwendigkeit. Freilich wird der Stand, welchen Fürst Hohenlohe der Kammer gegenüber haben wird, ein außerordentlich schwieriger sein und im Interesse des constitutionellen Princips wäre der Bankerott eines clericalen Cabinets der künstlichen Erhaltung des gegenwärtigen Systems vorzuziehen gewesen.

Müssen wir uns zufrieden geben, wenn die Dinge südlich vom Main in ihrer bisherigen Schwebe bleiben und wenn der Zeit eine Wandlung überlassen wird, welche sie allein doch nicht fertig bringen kann, so haben wir im norddeutschen Bunde eine wenn auch nur relative Wendung zum Bessern zu constatiren. Nicht als ob in der deutschen Frage auch nur ein Finger gerührt worden wäre; wir müssen uns bescheiden, daß die Entwicklung der norddeutschen Dinge die Consolidation des neuen Bundes wenigstens nicht erschwert.

Das Camphausen'sche Finanzproject, die Debatte über den Etat des Cultusministeriums, die Ausdehnung des Miquel-Rasker'schen Antrags auf Erweiterung der Bundescompetenz und die leidige Denkmalangelegenheit von Gelle sind die Hauptgegenstände der Verhandlungen im Berliner Abgeordnetenhaus gewesen. Die Behandlung des Eulenburg'schen Entwurfs einer neuen Kreisordnung hat so langsame Fortschritte gemacht und so zahlreiche Unterbrechungen erfahren, daß von ihr kaum etwas zu sagen ist; genug, daß die ministerielle Vorlage bis jetzt nicht gescheitert ist und daß der Minister

keine der Abänderungen, welche das Haus an seiner Bill vorgenommen, für schlechterdings unannehmbar erklärt hat. Auch das Schicksal des Camp-hausenschen Finanzplans ist noch nicht entschieden, aber die Aussichten für Annahme desselben mehren sich täglich. Zu diesen Aussichten muß entschieden gerechnet werden, daß die extremen Parteien auf beiden Seiten des Hauses sich gegen die Consolidation der Staatsschulden erklärt haben, die Alt-Conservativen noch entschiedener als die Demokraten. Dafür hat sich von Seiten der Mittelparteien eine entschiedene Geneigtheit auf Unterhandlungen mit den Ministern einzugehen, kundgegeben, und Herr Camphausen's bisherige Haltung leistet dafür Bürgschaft, daß Meinungsverschiedenheiten über Einzelheiten das Ganze nicht zu Fall bringen werden. Von den in die Commission gewählten Gliedern der national-liberalen Partei hat sich der überwiegende Theil zu Gunsten der Vorlage ausgesprochen; wenn es auch nicht wahrscheinlich ist, daß die andersdenkenden Vertreter der Fraction sich der Parteidisziplin zu Liebe der Majorität ihrer Genossen fügen, so läßt sich mindestens erwarten, daß dieselben es bei der Abgabe verneinender Stimmen bewenden lassen werden.

Auf die Verhandlungen über den Cultusetat ist in diesen Blättern so ausführlich eingegangen worden, daß wir nicht nöthig haben, dieselben nochmals zu recapituliren. Der Erwähnung bedarf nur, daß die Taktik der Opposition dieses Mal sehr viel glücklicher gewesen ist, als im December 1868, und daß man von den damals gemachten Fehlern in erfreulicher Weise gelernt hat. Die linke Seite des Abgeordnetenhauses kann in der That sagen, daß es heuer nicht ihre Schuld ist, wenn Herr v. Mähler im Amte bleibt, und daß die Anhänger dieses Ministers keinen Grund haben, über Maßlosigkeit und Ueberstürzungen ihrer Gegner zu triumphiren.

Der gegen das Bundes-Oberhandelsgericht gewendete Antrag des Grafen zur Lippe, der bei der Eröffnung der Session mit so vielem Geräusch eingebracht wurde, ist dem verdienten Schicksal nicht entgangen. Selbst das Herrenhaus hat nicht den Muth gehabt, sich mit dieser Ausgeburt des beschränktesten Particularismus zu identificiren und die kleinstaatlichen Feinde des neuen Bundes haben vergeblich darauf gerechnet, für das Recht ihrer bundesfeindlichen Wünsche ein preussisches Zeugniß anführen zu können. Im Gegentheil hat dieses Attentat auf die Kompetenz des Reichstags den Erfolg gehabt, der nationalen Sache zu einem Siege zu verhelfen, der unter anderen Umständen vielleicht minder vollständig gewesen wäre. Der Miquel-Basker'sche Antrag ist unter entschiedener Zustimmung der Fortschrittspartei angenommen worden und kann sich auf eine Majorität berufen, welche manchen Namen für sich hat, dem eine principielle Geneigtheit für Befesti-

gung des Werks von 1866 auch beim besten Willen nicht imputirt werden kann. Auch ohne Optimist zu sein kann man in diesem Vorgang typische Bedeutung nachweisen: je deutlicher sich die Partei, welche bisher für die nächste Bundesgenossin des Grafen Bismarck zu gelten den Anspruch machte, sich von der nationalen Politik des Bundeskanzlers lossagt, desto zahlreicher werden die Vertreter der Demokratie, die sich von der Gemeinschaft mit derselben nicht länger fern halten können.

Neue Kunstblätter.

Album der Casseler Gallerie. 12 Photographien nach Kreidezeichnungen mit Text von Merkel, und

Rembrandt-Album, Photogr. nach Kreidezeichnung. Text von Prof. Friedr. Müller. Cassel. Verlag von Theodor Kay.

Die Casseler Gemälde-Gallerie war bis vor wenig Jahren — und galt allerdings in noch höherem Grade dafür, als sie es war — ein Buch mit sieben Siegeln, ein Dornröschen mitten in unserer nüchternen und aufgeweckten Zeit. Erst der Passe-partout-Schlüssel (oder sagen wir Dietrich?), der die eigenthümliche Form eines Schwertes hat, will sagen: die preussische Occupation, öffnete die Säle in Cassel dem Volke und gab dieser herrlichen Sammlung von Gemälden ihre „eigenthümlichste Berechtigung“ zurück, — gesehen zu werden. Denn vordem waren sie — nicht unähnlich den Goethezimmern in Weimar — von inhumaner Willkür in Sequester gehalten worden. Wie es im Staatslexikon der deutschen Duodezdespoten des vorigen Jahrhunderts eine ganze Reihe „Leib-Chargen“ gab, so gab es in Cassel bis Anno 66 gewissermaßen auch nur eine kurfürstliche „Leib-Bildergallerie“, einen „Leib-Rembrandt“, „Leib-Tizian“, „Leib-Van-Dyck“ und so weiter. Nach Beseitigung dieser Corporal-zucht der Kunst tritt nun in verschiedenen Gestalten das Bemühen auf, das große deutsche Publicum zum Genusse der fast weihnachtsartigen Bescherung einzuladen, und zu den löblichen Unternehmungen der Art gehören die Bilder-Hefte, welche die Verlagshandlung von Th. Kay in Cassel unter dem Titel von Albums der Casseler Gallerie und der Rembrandt-Sammlung herausgegeben hat. Mehrere ähnliche gehen denselben zur Seite: Eines, welches mehr auf den Kreis der Kunstforscher berechnet, die bedeutendsten Gemälde in Originalphotographien wiedergibt, ein zweites (vom Verleger der Zeitschrift für bildende Kunst angekündigt), bietet ausgezeichnete Radirungen von W. Unger, besonders nach den hervorragendsten holländischen Meistern, die in Cassel vertreten sind. In den obengenannten Albums, welche einander dergestalt er-